

der Gegenstand von Verhandlungen sei; es sei auch einer Privatgesellschaft die Concession und Expropriationsbefugniß (gegen Erlegung einer Caution von 9000 Thlr.) erteilt worden, aber dem Comitee nicht gelungen, das Project zur Ausführung zu bringen. Nach Ansicht der Deputation werde sich auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwerlich eine Privatgesellschaft finden, und die Petenten würden diese Hoffnung selbst aufgegeben haben; da ferner eine Rentabilität der Bahn, selbst durch Verbindung mit dem böhmischen Kohlenbecken, nicht zu erwarten stehe, so konnte die Deputation eine Fristverlängerung der erteilten und mit Ende vorigen Jahres erloschenen Concession nicht für geboten erachten und beantragt daher: „Die Kammer wolle die Anträge um Verlängerung der Concession und Genehmigung einer Zinsgarantie ablehnen.“ Was das Gesuch unter 3) betrifft, so sagt die Deputation, daß sie die Wünsche der Petenten, insofern dieselben auf Erbauung einer Eisenbahn zum Zwecke des kürzeren Bezugs der böhmischen Kohlen zc. gerichtet sind, aus den angegebenen Gründen überhaupt nicht befürworten könne; sie stellt dagegen nicht in Abrede, daß eine Secundäreisenbahn den industriellen Interessen eines Theiles des Müglitzthales recht förderlich sein würde, sieht sich aber gleichwohl außer Stande, die Ausführung einer solchen zu empfehlen, namentlich weil ihr unbillig erscheinen mußte, nunmehr zu gleicher Zeit die Ausführung mehrerer Bahnen in dieser Gegend zu befürworten, will daher die Petition der Staatsregierung zur Kenntnißnahme überweisen. Uebrigens sei noch zu berücksichtigen, daß die Verkehrswege des Müglitzthales vor denen im Gottleubathale und denen der Ortshaften zwischen Dresden und Dippoldiswalde entschieden Vorzug verdienen. — Noch ist eines Gesuches des Comitee's für die Müglitzthalbahn zu gedenken: „die Caution von 9000 Thlr. nicht als verfallen zu erachten und die Rückgabe derselben zu verfügen.“ Die Deputation hat sich über diese Angelegenheit die Ansicht der Staatsregierung erbeten; diese ging dahin, die Caution als verfallen zu betrachten. Da nun Eisenbahnbauten durch Privatunternehmer in Sachsen schwerlich mehr werden zur Ausführung gelangen, so ist die Deputation der Ansicht, die aus den Consequenzen sich ergebenden Bedenken fallen zu lassen, und empfiehlt sie daher der Kammer: „der Regierung das Gesuch um Rückgabe der Caution zur Berücksichtigung zu empfehlen.“

#### Dippoldiswalde, den 9. Juni 1876.

Aus Dresden erhalten wir kurz vor Schluß unseres Blattes folgendes Telegramm:

„In der heutigen Sitzung der 2. Kammer wurde der Antrag Ihres Abgeordneten, Herrn Amtshauptmann von Boffe, auf den Bau der Eisenbahn von Dresden nach Dippoldiswalde in nächster Finanzperiode, mit 33 gegen 31 Stimmen angenommen.“

Somit sind wir der endlichen Erfüllung unserer sehnlichen Wünsche um einen bedeutenden Schritt näher gekommen! — Ehre und Dank dem Abgeordneten, Herrn Amtshauptmann von Boffe!

Dresden. Unsere königl. Majestäten, sowie die Königin-Mutter, haben am 7. Juni das Hoflager in Pillnitz bezogen.

— Zu den Gegenständen, welche die 2. Kammer des sächsischen Landtags vor dem Schluß der gegenwärtigen Session noch zu erledigen hat, befindet sich der Bericht der Finanzdeputation über die von der Regierung geforderte Nachbewilligung von 3,000,000 M. zur Fortführung der Bauten für Verlegung der Dresdener Militär-Etablissements.

— Die Regierung hat die Feuerbestattung des vor 14 Tagen hier verstorbenen Prof. Richter nicht genehmigt, und wird nun die Leiche nach Mailand gebracht, da in Gotha, wo die Verbrennung gestattet, der Ofen noch nicht fertig ist.

— Der Jahrmarkt in Neustadt-Dresden findet am 26. und 27. Juni statt; der Bormarkt für Tischler, Böttcher zc. vom 22.—24., für Manufacturwaaren, Spielwaaren zc. am 23. Juni.

**Großenhain.** Der, wahrscheinlich im Monat Juli hier stattfindende Congress der sächsischen Gewerbevereine wird eine besondere Weihe erhalten durch die Enthüllung einer, am Hause des verstorbenen Rentamtmann Preußer, des „Vaters der Gewerbevereine,“ anzubringenden Gedenktafel.

**Berlin.** Der Kaiser hat seine Reise nach Ems auf unbestimmte Zeit vertagt; auch hat auf seinen Wunsch der Reichskanzler Fürst Bismarck seinen Urlaub unterbrochen. Dies deutet schon auf den Ernst der gegenwärtigen politischen Lage. England tritt schroffer als bisher der Führung Rußlands in der Orientfrage entgegen; Frankreich bereut seinen schnellen Anschluß an die Action der Ostmächte, und unter diesen selbst ist Oesterreich schwankend geworden; Rußland aber scheint die jetzige Krisis um jeden Preis benutzen und zum Loschlagen auszuholen zu wollen. Die Diplomatie wird mit allen Kräften arbeiten, um den Ausbruch eines großen Orientkrieges zu hintertreiben; namentlich wird die deutsche Politik Alles aufbieten, um den Weltfrieden zu erhalten. Zwar melden Telegramme aus London vom 8. Juni, daß allen Marine-Pensionären unter 55 Jahren der Befehl zugegangen sei, sich zum activen Dienst bereit zu halten, — doch ist trotzdem die Hoffnung festzuhalten, daß die zunächst an einander gerathenden Mächte das Loos des Friedens wählen werden.

**Oesterreich.** Das Ministerium des Innern ordnete an, daß alle bestehenden Studentenverbindungen sich binnen drei Monaten im Sinne des Vereinsgesetzes umzubilden oder aufzulösen haben, und daß künftig entstehende derlei Verbindungen sich nur nach dem Vereinsgesetze constituiren dürfen.

— Das Verbot der „Gartenlaube“ für Oesterreich ist aufgehoben. Das Amtsblatt der Wiener Zeitung meldet: „Das Ministerium des Innern hat unterm 1. Juni 1876 die mit dem Erlasse vom 17. Febr. 1876 verfügte Postdebitenziehung der von Ernst Reil herausgegebenen Wochenschrift „Die Gartenlaube“ aufgehoben.“

**Schweiz.** Nach der jetzt erfolgten Rechnungsablage über die Erbschaft des Herzogs Karl von Braunschweig sind der Stadt Genf nach Abzug der ausgeworfenen Legate, der Liquidationskosten und der Kosten des dem Herzog zu setzenden Denkmals im Ganzen 16,564,660 Fr. geblieben, wovon augenblicklich nur noch 2,420,515 Fr. übrig sind. 6,938,700 Fr. wurden zur Bezahlung von Schulden, 200,000 zu einer dauernden Anlage bei Banken, 1,620,300 Fr. auf Straßenbauten, 1,355,000 Fr. auf den Bau eines Schlachthauses und 1,200,000 Fr. auf den eines Theaters, 2,395,100 Fr. auf die Anlage zweier öffentlichen Promenaden, 240,000 Fr. auf den Bau eines städtischen Rathhauses und 275,000 Fr. auf die Anlage eines neuen Friedhofes verwendet.

**Türkei.** Der „Selbstmord“ des Sultans Abdul Aziz begegnet überall lebhaftem Zweifel, und man sieht einem glaubwürdigeren Zeugniß, als dem der 19 Leibärzte, darüber entgegen, daß der Tod nicht schon in jener Nacht erfolgte, in welcher die Verschwörung zum Ausbruche kam. Es wird dem Sultan Murad schwer werden, die Welt davon zu überzeugen, daß seine Hände von dem Blute des Oheims rein seien; selbst in diplomatischen Kreisen wird der Tod des Abdul Aziz offen einem Morde zugeschrieben. An die Schauer-geschichte mit der Scheere („da hat er sich, da hat er sich — mit einer Scheere umgebracht“) glaubt Niemand; — in Konstantinopel fügte man eben wieder ein neues Kapitel zu dem unerschöpflichen Schatze der „Geheimnisse des Serails.“